

Herbst in Frankfurt a. M.

Just zur selben Zeit, als die Frankfurter von ihrem »Hickelches-Tag«, der häuslichen Wohnung zusteueren, tagte in einem Saale, der sonst für Arbeiterversammlungen nicht zu haben ist, »Zum Tanzplan« eine von der Sonderorganisation der Lithographen einberufene öffentliche Lithographenversammlung, in der der Vorsitzende dieses Sonderverbandes, der Lithograph, Kollege Herbst aus Nürnberg, über Zweck und Ziele dieser »selbständigen« Lithographenorganisation sprach, derselbe führte namentlich aus, dass die Interesslosigkeit der Lithographen, Organisationsbestrebungen gegenüber, endlich einmal verschwinden müsse, man sollte durch straffe Organisation zunächst privatlithographische Anstalten bekämpfen, die Regelung der Lehrlingsfrage, dieser Krebschaden innerhalb unseres Gewerbes, müsse endlich versucht werden. Auch die Verminderung der Arbeitszeit u. a. m., seien wichtige Forderungen, die für die Lithographen am besten zu erreichen seien, durch eine selbständige Lithographen-Organisation. Mit den Druckern sei dies gemeinschaftlich nicht zu erreichen, der alte Verband habe bis jetzt wenig oder gar keine Vorteile für die Lithographen gebracht, auch seien dort in allen Verwaltungen etc. die Drucker in der Majorität und kämen die Lithographen nicht recht zur Geltung, eine Ueberbrückung dieser bestehenden Kluft, zwischen Lithographen und Drucker im alten Verbands sei unmöglich, deshalb wäre auch der alte Verband machtlos, gegenüber den gerechten Forderungen der Lithographen. Redner verurteilt ferner den eingereichten Tarif mit einem Minimallohn, sowie den bereits abgeschlossenen Tarif für Chemigraphen, letzteren namentlich deshalb, weil er einen Passus enthalte, dass nur Organisierte des alten Verbandes bei den tariftreuen Prinzipalen beschäftigt werden dürften, dies sei ein Gewaltakt, seiner Organisation gegenüber. Dass Legien, der Vorsitzende der General-Kommission, die selbständige Lithographenorganisation nicht als berechtigt bezeichne, sei schablonenhaft und beweise, dass Legien unser Gewerbe nicht kenne. Nun suche der alte Verband mit allen Mitteln, eine Verschmelzung des Deutschen Senefelder-Bundes mit sich herbeizuführen, trotzdem man auf der ausserordentlichen Generalversammlung in Saalfeld mit der Gebietsabgrenzung sich festgelegt habe. Die geplante Verschmelzung sei eine Rechtslosigkeitsmachung eines grossen Teiles der Mitglieder des Bundes; er für seine Person habe sich mit der beschlossenen Verschmelzung, an der ja doch nichts mehr zu ändern sei, abgefunden, um jedoch diesen Gewaltakt, das Wegnehmen längst erworbener Rechte, nicht mitzumachen; habe die Sonderorganisation beschlossen, innerhalb ihrer Mitglieder eine Urabstimmung herbeizuführen, zwecks Gründung einer eignen Krankenkasse, denn der Beschluss der Kasseler Generalversammlung bez. der Verschmelzung habe den Senefelder-Bund zur Strecke gebracht. Es müsse nunmehr notgedrungen Altersgrenze und ärztliches Attest fallen, ebenso sei die Witwenunterstützung nicht mehr haltbar; ein Gewaltakt sei es deshalb, weil man keine Urabstimmung beschlossen habe. Am Schlusse seiner Ausführungen forderte er auf zum Beitritt in die »selbständige Lithographenorganisation«. An der sich anschliessenden lebhaften Diskussion beteiligten sich namentlich die beiden Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle des alten Verbandes, die Lithographen, Kollege Werner und Lange, ersterer führte aus, dass die Interesslosigkeit unter den Lithographen durch Gründung von Sonderorganisationen nicht zu heben sei, während auf der einen Seite die Unternehmer sich ohne Rücksicht, auf ihren Spezialberuf organisieren, treibe man in unsere Reihen einen Keil. Der Referent behaupte, der alte Verband könne nicht die Interessen der Lithographen vertreten, dass er dies thue, beweise die stetige Zunahme der Lithographen als Mitglieder, die Zahl sei um rund 1000 seit 1901 gestiegen, in Summa seien 2744 Lithographen innerhalb des alten Verbandes organisiert, während die Sonderorganisation von 723 auf 653 heruntergegangen sei. Die erwähnten Verbesserungen, wie Regelung des Lehrlingswesens, Bezahlung der Feiertage, Erringung einer geregelten Arbeitszeit, die Bekämpfung der Schundkonkurrenz durch die privatlithographischen Anstalten seien längst bekannte Forderungen des alten Verbandes, der nachweislich auch schon gewisse Verbesserungen errungen habe. Noch gelte es, vieles zu verbessern und vieles zu erreichen, aber nur durch einen gemeinsamen Kampf nicht durch einen Kampf zersplitterter Organisationen und Organisationchen uneigner Lithographen, nicht durch ein Fischen im Trüben, sondern durch Erringung des bereits eingereichten Tarifes. Die Kluft zwischen Lithographen und Druckern sei eine künstlich zusammengebaute, hier in Frankfurt habe man von dieser Kluft nichts gemerkt. Dass die Drucker die Organisationsangehörigkeit früher begriffen haben als die Lithographen, könne man doch denselben nicht zum Vorwurf machen. Auch der Vorwurf, dass die leitenden Stellen zum grossen Teil von Druckern besetzt seien, ist zurückzuweisen, der am geeignetsten und befähigste Kollege wird eben auf den Platz gestellt, ohne Rücksicht auf seinen Beruf.

Das alte Lied vom 96er Berliner Streik singe Kollege Herbst heute schon zu wiederholtem Male. Es sei innerhalb unseres Berufs-Verbandes durch die Sektionen den Mitgliedern Gelegenheit gegeben, selbständig zu arbeiten. Der angeführte Chemigraphentarif und die Klausel bez. der Beschäftigung nur organisierter Kollegen ist wohl als vollkommenes Ganzes nicht zu bezeichnen, aber doch zum grossen Teil günstig für die betreffenden Kollegen. Ausdrücke wie Brutalität, Scharfmacherverband etc. etc. dem alten Vereine gegenüber, weist Redner zurück mit dem Bedauern, derartige Aeusserungen hier von einem Vorsitzenden eines Verbandes zu hören. Dass der Referent mit der seinerzeitigen Vereinsache bez. der Gebietsabgrenzung nicht recht behalten habe, beweise doch der gegen den Senefelder-Bund seinerzeit angestrenzte und verloren gegangene Prozess. Bez. der Neugründung einer Krankenkasse der Sonderorganisation müsse man sich wundern, wenn Herr Herbst als Gewerkschaftsführer und Vorstandsmitglied einer Ortskrankenkasse in Nürnberg, hier abermals Zersplitterungsversuche unternehme, wo von allen Seiten für Zentralisation geschrieben und gesprochen wird. Ueber die Leistungsfähigkeit etc. brauche man ja heute noch nicht zu sprechen, bezweifeln aber müsse man, bei solcher Mitgliederzahl, die Existenzfähigkeit. Und warum geht man heute schon wieder krebsen mit dem Beschluss bez. der Verschmelzung, bloss, um das verblasste Fähnlein wieder etwas auffrischen zu können, man braucht nun Stoff, um agitieren zu können, man wartet nicht einmal die Beschlüsse der gewählten Kommission und das auszuarbeitende Normalstatut ab, sondern man wirft heute schon mit Ueberumpelung, Entrechtung, Gewalt etc. um sich, spielt sich als die besten Hüter des Bundes auf, bloss, um damit auf den Gimpelfang gehen zu können; der richtige Weg ist, das Protokoll, Normalstatut etc. abzuwarten und dann Kritik zu üben, dadurch etwas zu schaffen, was zum Wohle allen Kollegen gereicht. Redner schloss mit der Aufforderung, treu zum alten Verband zu halten: treiben wir keine Sonderpolitik, sondern sorgen wir dafür, dass wir ein grosses Ganzes bilden. Der 2. Vorsitzende, Kollege Lithograph Lange, sprach ebenfalls sein Bedauern dahin aus, dass ohne Beschlüsse der gewählten Kommission der Sonderverband jetzt schon Agitation treibe, aber man wolle damit nur diesem neuen Leben zuführen. Bei Annahme der Gebietsabgrenzung habe man ja ebenfalls ein Massenaustritt aus dem Bunde und ein Masseneintritt in den Sonderverband vorausgesagt, derselbe ist aber ausgeblieben. Man gründete dann im Sonderverbande eine Zuschusskasse, auch die hat nicht den gewünschten Erfolg. Jetzt benutzt man wieder die Verschmelzung, um uns Unehrlichkeit bez. des Beschlusses der Gebietsabgrenzung vorzuwerfen; es haben wohl mit Rücksicht darauf, dass ein grosser Teil der Kollegen, der gewünschten Ehrenpflicht, Mitglied beider Vereine zu sein, nicht nachgekommen sind, 21 Mitgliedschaften des Bundes in Cassel Anträge auf Umgestaltung des Bundes gestellt; die Generalversammlung des Vereins habe der Verschmelzung nur prinzipiell zugestimmt. Nun wurde in letzter Stunde vom Sonderverband an dessen Mitglieder und Freunde, Zirkulare verschickt, wo gegen den Bund und die Verschmelzung scharf gemacht wird. In diesem Zirkular begründet man die Vorlage zur Gründung einer »Kranken-Unterstützungs- und Sterbekasse«, das Ideal von 1902, die Invalidenkasse hat man fallen lassen, man will nunmehr, um den Mitgliedern des Bundes die geplanten »geraubten Rechte« zu ersetzen, nur Krankenkasse einführen und Bedingung ist, dass »jeder Vollmitglied« wird. Es heisst wörtlich: Zu der Vorlage, die Zentralvorstand und Ausschuss den verehrlichen Mitgliedern unterbreiten, wäre zu bemerken, dass es die leitenden Körperschaften für ausgeschlossen halten, dass jemand der Krankenkasse beitreten kann, ohne der Verbandskasse anzugehören. Dieses könnte zu üblen Konsequenzen führen und dann, warum Kollegen unterstützen, die für unser Bestreben, unsere Lage zu verbessern, nichts übrig haben? Genau dasselbe, was wir als Eintrittsbedingung für Neueintretende nach der Verschmelzung beabsichtigen, wollen sie auch. Die alten Mitglieder, die nur dem einen oder anderem Vereine angehören, sollen garnicht gezwungen werden, Vollmitglieder zu werden. Genau wie bei Uebernahme der Zentral-Kranken- und Sterbekasse 1893 nicht alle, beiden Kassen beigetreten sind, genau so wie dort diese grosse Zahl durch Befehl und eigene Ueberzeugung heute auf zirka 100 herabgesunken ist, genau dasselbe hoffen wir bei der jetzigen geplanten Verschmelzung. Jedenfalls sei es aber ein grosser Fortschritt, wenn jeder Neueintretende Vollmitglied werden muss. Nun die Leistungen dieser geplanten Krankenkasse bez. der Zahlung von Beiträgen, Karenzzeit und Krankengeld, stehen doch weit hinter denen des Bundes zurück. Dass der Bund seither ausgekommen ist, beweise doch der jährliche Ueberschuss und das vorhandene Vermögen. Auch durch die beschlossene Erhöhung des Beitrages von 10 Pf. in der Invalidenkasse sei diese in der Lage, ihren Verpflichtungen nachzukommen und nicht, wie die Sonderorganisation schreibt, die Witwenunterstützung müsse gekürzt werden. Genau dieselben besseren Verhältnisse in

Bezug auf Vermögen und Mitgliederzahl weise ja auch der alte Verband auf, also auf beiden Seiten Zunahme, während auf Seite des Sonderverbandes ein Rückgang an Mitgliedern zu verzeichnen sei. Es ist hierdurch unzweifelhaft festgestellt, welcher Form von Organisation die Lithographen in ihrer Mehrheit wünschen, das sei der alte Verband. Und wenn obige Verhältnisse die Leiter des Sonderverbandes in Betracht ziehen, so sei gerade jetzt Gelegenheit geboten, eine Einigung zu erzielen, anstatt die geplante Verschmelzung benutzend, neuen Unfrieden zu stiften. — Kollege Böhm, Mainz, kritisiert ebenfalls das Verhalten der Sonderorganisation in der Verschmelzungsfrage, führte namentlich aus, dass von der Leitung stets der alte Verband als sozialdemokratische Gewerkschaft hingestellt werde, während doch auch die Führer zum Teil Sozialdemokraten seien. Entschieden verurteilte er die Schreibweise des »Lithograph«, er erblickt ebenfalls in einem einheitlichen Zusammenschluss den Weg, der uns Vorteile bringen kann. — Nachdem noch eine Reihe von Rednern die Bestrebungen der Sonderorganisation zum Teil bekämpften, der Vorsitzende Kollege Herbst die Angriffe etc. zu wiederlegen suchte, wurde nach zirka 5 1/2 stündiger Dauer folgende Resolution mit grosser Mehrheit angenommen:

»Die heute in Frankfurt a. M. tagende öffentliche Lithographen-Versammlung erklärt nach dem Referate des Kollegen Herbst, Nürnberg, und nach stattgefundener eingehender Diskussion, den Verein der Lithographen, Steindruckere etc. als diejenige Organisation, in der die Interessen der Lithographen voll und ganz vertreten werden. Auch ist ja durch die bedeutende Zunahme der Lithographen-Mitglieder, seit 1901 rund 1000, in Summa 2744, erwiesen, dass die Mehrzahl der Lithographen sich für den alten Verband entschieden hat. Die Versammlung erblickt in den neuen Angriffen, bez. der Verschmelzung, von seiten der Sonderorganisation weitere Zersplitterungsversuche, zu dem ja das von seiten der in Cassel gewählten Kommission ausgearbeitete Normalstatut noch nicht vorgelegen, um eventl. Kritik daran zu üben. Indem die Versammlung dieses schädliche Treiben der Leitung des Sonderverbandes bedauert, hofft dieselbe, dass eine Verschmelzung auf Grund der in letzter Bundesversammlung in Frankfurt a. M. angenommenen Resolution herbeigeführt wird, zum Wohle aller Kollegen Deutschlands.«

Eine Resolution, die zum Beitritt in die Sonderorganisation aufforderte, fand nicht die genügende Unterstützung. — Ich möchte den Bericht schliessen mit dem Wunsch, dass trotz gekommenem »Herbst« nicht nur für die Kollegen Frankfurts, sondern für ganz Deutschland, durch die Verschmelzung, ein herrlicher Frühling kommen möge. —

Erkundigungen einziehen.

Diese Rubrik in der »Gr. Pr.« ist verschwunden; statt dessen tritt die obligatorische Erkundigung in Kraft und wird sich hoffentlich als ein besseres Mittel gegen Reinfall der wechselnden Kollegen bewähren. Leider hat sich aber gleich ein Uebelstand gezeigt, dem abgeholfen werden muss, da sonst in vielen Fällen die Erkundigung versagt oder sogar zu schädlichen Wirkungen führen kann. Dieser Uebelstand besteht in der mehr oder minder grossen Unbeständigkeit der Ortsverwaltungen resp. in der Unzuverlässigkeit unseres Adressenverzeichnisses, welche übrigens auch sonst bei der Geschäftsabwicklung recht störend hervorgetreten ist.

Bei dem Erkundigungszwang wird diese Unzuverlässigkeit zu einer Kalamität für die in Betracht kommenden Ortsverwaltungen und Mitglieder werden; da eine nicht oder nach Umherwandern angelangte Postsache den ganzen Zweck des Erkundigungszwanges illusorisch macht. Dem kann nur durch Schaffung einer grösseren Verlässlichkeit des Adressenverzeichnisses abgeholfen werden. Die Ortsverwaltungen machen ja auch jetzt die eintretenden Adressen-Aenderungen in der »Graph. Presse« bekannt. Dieselben finden aber leider nicht die nötige Beachtung seitens der Kollegen. Resultat obige Missstände. Mein Vorschlag ginge nun dahin:

Die im Laufe des Monats eingegangenen Adressen-Veränderungen werden nochmals in einer Rubrik veröffentlicht zum ausschneiden.

Noch besser, das gesamte Adressen-Verzeichnis wird revidiert und in einem bestimmten nicht zu lange bemessenen Zeitraum als Beiblatt der »Graph. Presse« veröffentlicht. Bei »stehenbleibenden Satz« kann die Mühe nicht in Betracht kommen zu den erwachsenden Vorteilen. Zum Schluss noch einige Worte über eine andere stark ingerissene Nachlässigkeit seitens der reisenden Kollegen, besonders der Nichtunterstützungsberechtigten.

Diese Kollegen reisen ab ohne sich abzumelden, treten ein, ohne sich anzumelden. Das führt zu Scherereien und Schreibern in den Verwaltungen; Portokosten zu Lasten der Lokalkasse. Alles dies ist zu vermeiden, wenn jedes Mitglied nach den klaren Bestimmungen des Statuts verfährt. Sollten vorstehende Zeilen zu besseren Vorschlägen führen und jeden zur Einhaltung seiner Pflicht anregen, so wäre ihr Zweck zum Vorteile der Gesamtheit erreicht.

